



LandtagsInfo

Abgeordnete des Bayerischen Landtags

Helga Schmitt-Bussinger



Ausgabe 12-2011



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in meinem letzten Editorial im Landtags-Info Sommer 2011 hatte ich geschrieben: „Durch Schwarz-Gelb wird Deutschland immer ungerechter regiert. Diejenigen, die durch Spekulationen die Wirtschafts- und Finanzkrise hervorge-rufen haben, sind bisher ohne eine Beteiligung an den Kosten davon ge-kommen. Merkel will nicht. Wir sagen: Wir brauchen endlich die Finanztran-saktionssteuer.“ Die weltweiten De-monstrations der „Occupy-Bewegung“ zeigen, dass viele Menschen die Unge-rechtigkeit satt haben. Zurecht. Denn seit die SPD 2009 aus der Regierung gewählt wurde, hat sich Merkel keinen Zentimeter mehr bewegt, was die Frage angeht, wie die Finanzbranche verant-wortlich gemacht werden kann für ihr Missmanagement. Man sieht, dass es sehr wohl einen Unterschied macht, wer in Berlin das Sagen hat.

Welchen Themen ich mich sonst noch angenommen habe, lesen Sie in dieser Ausgabe meines LandtagsInfos.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Herbst und eine angenehme und mög-lichst stressfreie Vorweihnachtszeit.

Ihre

Helga Schmitt-Bussinger
Mitglied des Landtages
für Nürnberg Süd und Schwabach

Packen wir's an!



Der Landesvorstand der BayernSPD hat Christian Ude einstimmig als Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2013 vorgeschlagen. Der Nominierungsparteitag ist für das kommende Jahr geplant.

Nach einer aktuellen Onlineumfrage des BR glauben 72 Prozent, dass die SPD mit Christian Ude an die Regie-rung kommen kann. Die Zustimmung, die uns aus der Partei und er gesamten Bevölkerung erreicht, seit die Spitzenkandidatur im Gespräch ist, ist riesig. Die CSU ist in Panik. Sie wirft Christian Ude, der sich als Städtetagspräsident immer auch für gesamt-bayerische Belange stark gemacht hat, Zentralismus vor. Dabei blutet sie selbst die Kommunen und den ländlichen Raum aus.

Mit Christian Ude haben wir einen Kandidaten, der ge-radlinig ist. Der zu seiner Meinung steht, anders als See-hofer, der sich wie ein Fähnchen im Wind verhält. Das zeigt sich auch an den Beliebtheitswerten. Wann war schon der SPD-Herausforderer in Bayern noch vor seiner Nominierung beliebter als der Ministerpräsident der CSU?

Ab sofort ist die Internetseite www.christian-ude.de erreichbar. Christian Ude auf Facebook: www.facebook.com/Ude.fuer.Bayern ■



Ausbreitung von Spielhallen in Kommunen eindämmen



1 Quelle: bernhard_pixler_pixelio.de

„Wir können nicht mehr zusehen, wie sich die Spielhallen in unseren Städten und Gemeinden ausbreiten.“, fordert Helga Schmitt-Bussinger, Innenexpertin der SPD Landtagsfraktion. Seit 1998 sind die Spielhallenstandorte in Bayern rasant gestiegen, ebenso wie die Spielhallenerlaubnisse und die Zahl der in diesen Spielhallen angebotenen Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeiten. Die Zahlen aus Nürnberg, belegen diese Entwicklung leider nur zu gut: 2002 gab es 67 Spielhallen mit 488 Geldspielgeräten. 2011 waren es 144 Spielhallen mit 1.368 Geldspielgeräten. Die Entwicklung in Nürnberg deckt sich mit der anderer Städte und Gemeinden in Bayern. Schmitt-Bussinger: „Den Kommunen sind weitgehend die Hände gebunden um gegen diese Ausbreitung wirksam vorzugehen, sie fordern ein Instrument, mit dem sie die Verbreitung der Spielhallen verhindern können.“

Der rasante Anstieg von Spielhallen ist auch unter dem Aspekt der mit dem Automatenenspiel einhergehenden Suchtgefährdung höchst problematisch. „Die Spielsucht reißt ganze Familien ins Nichts.“

klagt Schmitt-Bussinger. Nach einer Studie aus dem Jahr 2008 gelten in Bayern ca. 44.000 Menschen

als pathologische Glücksspieler und über 50.000 als problematische Glücksspieler. Die alarmierende Entwicklung erfordert entschiedenes Handeln des Gesetzgebers. Zur Eindämmung dieser problematischen Entwicklung ist ein Bündel von Initiativen auf verschiedenen politischen Ebenen (Bund, Land, Kommune) notwendig.

1. auf Bundesebene ist das Baurecht zu ändern
2. die Länder sollen sich auf den Glücksspielstaatsvertrag einigen
3. auf Landesebene muss ein Bayerische Spielhallengesetz eingeführt werden. (Die Länder Berlin und Bremen haben bereits eines, die Hessische Landesregierung bereitet eines vor)
4. Einführung einer Spielgerätesteuern auf kommunaler Ebene

„Wir als Landtagsfraktion wollen nun ein Spielhallengesetz einbringen, das an verschiedenen Punkten ansetzt, um die Ausbreitung der Spielhallen zu verhindern und deshalb die schwerwiegenden Auswirkungen durch Spielsucht eindämmt“ kündigt die Innenexpertin an. Ausgewählte Punkte des Gesetzentwurfs zur Erreichung dieser Ziele sind:

- Abstandsregelung von mindestens 500 m zwischen einzelnen Spielhallen
- Verhinderung von Mehrfachkomplexen an einem Standort



- Verbot der räumlichen Nähe einer Spielhalle zu Einrichtungen für Kinder und Jugendliche
- Ausweitung der Sperrzeit für Spielhallen; Spielverbotstage
- einschränkende Regelungen für die Außendarstellung und Werbung von Spielhallen
- gesetzliche Aufklärungspflichten des Spielhabetreibers und des Personals über Glücksspielsucht, Prävention, Gewinnwahrscheinlichkeit und Verlustmöglichkeit der angebotenen Glücksspiele und ihre Suchtrisiken, Verbot der Teilnahme von Minderjährigen und über Möglichkeiten der Beratung und Therapie von Glücksspielsucht
- gesetzliche Anhaltung der Spieler zu verantwortungsbewusstem Spiel und Ausschluss vom Spielverhalten auffälliger Personen vom Spiel
- Sicherstellung, dass Minderjährige keinen Zutritt zur Spielhalle haben und dass mindestens eine mit der Aufsicht in der Spielhalle betraute Person dauerhaft in der Spielhalle anwesend ist
- Einführung einer zentralen Sperrdatei für Spieler in Bayern auch für Spielhallen
- Bei Verstößen gegen das Gesetz können Geldbußen von bis zu 100.000 € verhängt werden. ■

Die Energiewende ernst nehmen!



2 Quelle: Wilhelmine Wulff / pixelio.de

Helga Schmitt-Bussinger unterstützt die Forderung von Gemeindetagspräsident Dr. Brandl, deutlich mehr Geld für die Umsetzung der Energiewende bereit zu stellen. Staatssekretärin Hessel hatte diesem entgegnet, immer mehr Geld zu fordern, sei phantasielos. „Ich würde Frau Hessel empfehlen, wenn nötig, den Taschenrechner in die Hand zu nehmen und auszurechnen, wieviel Geld für die kleinen Gemeinden in Bayern übrig bliebe, wenn die Energieagentur mit 3 Millionen Euro ausgestattet werden würde.“ Bei gut 2.000 Gemeinden wären dies nur knapp 1.500 Euro pro Gemeinde. „Wie damit die riesigen Aufgaben, die vor den Kommunen stehen, bewältigt werden sollen, ist mir schleierhaft. Und es ist immer das gleiche

Spiel: Vollmundig wird von der Staatsregierung etwas versprochen, aber wenn man genauer hinsieht, ist es billiger Pfusch, der zu Lasten der Städte und Gemeinden geht“, kritisiert Schmitt-Bussinger. Mit Fragen zu den notwendigen regionalen Energieerzeugern, zu Verbesserungen der Energieeffizienz und Möglichkeiten zum Energiesparen sehen sich die Kommunen großen Herausforderungen gegenüber. „Es ist gut, dass wir uns diesen Herausforderungen stellen, aber die Energiewende gibt's nicht zum Nulltarif, die 3 Millionen Euro sind unrealistisch. Die vom Gemeindetag geforderten 200 Millionen sind deutlich realistischer und entsprechen am ehesten dem, was die Kommunen brauchen, um die Energiewende, die uns allen am Herzen liegt, zu bewältigen.“ ■



LandtagsInfo

Abgeordnete des Bayerischen Landtags
Helga Schmitt-Bussinger



Folgen Sie mir auf Facebook!

The screenshot shows the Facebook profile of Helga Schmitt-Bussinger. The profile picture is a portrait of her with her arms crossed, wearing a dark jacket and a yellow 'TOMKRAFT' sticker. The cover photo shows her at a public event. The bio includes: 'Mitglied des Landtags bei Bayerischer Landtag', 'Hat hier studiert: Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg', 'Wohnt in Schwabach', 'Verheiratet', 'Aus Oberdachstetten', and 'Geboren am 23. November 1957'. There are buttons for 'Beitrag verfassen' and 'Foto/Video hinzufügen', and a text input field with the placeholder 'Schreib etwas ...'.

www.facebook.de/schmittbussinger

The screenshot shows the Facebook page for the SPD Schwabach. The cover photo is the SPD Schwabach logo. The bio identifies it as a 'Politische Partei · Schwabach' and includes an 'Info bearbeiten' link. The page features a 'Pinnwand' section with a 'Teilen:' menu containing options for 'Status', 'Foto', 'Link', 'Video', and 'Frage'. Below this is a text input field with the placeholder 'Schreib etwas ...'. A post is visible with the SPD Schwabach logo and the text: 'EUROKRISE IST CHANCE UND AUFGABE ZUGLEICH „Ist der Euro noch zu retten?“ fragte ein „politischer Frühshoppen“ der Schwabacher SPD das ehemalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ginter'.

www.facebook.de/spdschwabach



Schmitt-Bussinger bei den Fußballmädchen des TV 1848 Schwabach



Landtagsabgeordnete Helga Schmitt-Bussinger besuchte eine Trainingseinheit des Mädchen/Frauenfußball beim TV 1848 Schwabach e.V. auf dem Sportplatz West hinter der Hochederhalle, wo sie der Trainer der Fußballfrauen, Herr Paul Gray mit seinen Trainerkollegen und der Vereinsvorsitzenden Frau Gerda Braun, begrüßte. ■

Bahnhof Fischbach: Gemeinsam für einen zweiten Zugang



Über 200 Bürger-/innen folgten dem Aufruf des örtlichen Bürgervereines und protestierten für den 2. Zugang zur S-Bahn-Station Fischbach. Dabei waren auch, neben vielen Mitgliedern der SPD-Fischbach, die MdL der SPD: Angelika Weikert und Helga Schmitt-Bussinger. Da bei der Infoveranstaltung durch die bayerische Staatssekretärin Hessel endlich geklärt werden konnte, dass dieser 2. Zugang bewusst nicht eingeplant wurde und es sich um ein vom Bund zu 60 % mitfinanziertes Projekt handelt, wurden die SPD-Abgeordneten sofort aktiv. MdB Martin Burkert stellte unverzüglich den Antrag für den möglichen Anteil des Bundes beim Ministerium für Verkehr und die MdL Schmitt-Bussinger und Weikert beantragten beim bayerischen Landtag die Sicherung der Finanzmittel des 40%-igen Anteils des Freistaates Bayern für die notwendige nachträgliche Baumaßnahme. Nachdem alle Parteien bekundeten, diese Investition in Höhe von ca 3,1 Mio€ zu unterstützen, hoffen die Bürger-/innen, dass die nötigen Finanzmittel auch bewilligt werden und die vorhandenen Bau-Planungen bald in Angriff genommen werden können. ■



GBW-Mieter dürfen nicht die Dummen sein!



3 Quelle: siepmannH / pixelio.de

Die BayernLB muss sich aufgrund ihrer großen finanziellen Probleme über ihre „Tochter“ GBW von 34.000 Mietwohnungen trennen. Helga Schmitt-Bussinger mahnt in einem erneuten Schreiben an Ministerpräsident Seehofer, dass bei einem Verkauf unbedingt darauf geachtet wird, dass Luxus-sanierungen und damit eine Verdrängung der Altmieten bzw. Mietsteigerungen ausgeschlossen werden. Der Großraum Nürnberg ist mit 5.000 Wohnungen betroffen.

Landtagsabgeordnete Schmitt-Bussinger an den Ministerpräsidenten: „Ich will Sie an Ihre Zusage in Ihrem Schreiben vom 13.10.2009 erinnern und erwarte, dass Sie demgemäß den Mietern sozialen

Mieterschutz garantieren. Deshalb fordere ich Sie erneut auf, mit konkreten Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass der Hauptanteilseigner der Bayerischen Landesbank, der Freistaat Bayern, die Mieterinnen und Mieter der bayernweit 34.000 Mietwohnungen der GBW bei einem Verkauf der Wohnungen schützt.“

Schmitt-Bussinger und die SPD Landtagsfraktion hatten dies bereits 2009 gefordert. Die Staatsregierung hat es damals nicht für nötig erachtet, tätig zu werden. „Dass der Verkauf nötig wurde, ist schlimm genug, aber jetzt müssen die Interessen der Mieterinnen und Mieter respektiert und geschützt werden. Die Folgen der Finanzkrise dürfen nicht die Schwächsten, nämlich die Mieterinnen und Mieter der Sozialwohnungen der GBW, treffen“, so die Landtagsabgeordnete.

In ihrem Größenwahn und in ihrer Arroganz hatten die Herren des Vorstands und des Verwaltungsrats jedes realistische Maß und Ziel verloren. Dass man jetzt um jeden Preis lästiges Gewicht abwerfen muss ist ärgerlich. „Die einen spekulieren ohne Maß, Ziel und Verantwortung und unschuldige Mieter werden dadurch in ihrer Existenz bedroht. Wir lassen nicht zu, dass die Mieter jetzt die Dummen sind. Wieso die Staatsregierung bisher tatenlos zuschaut, ist mir unbegreiflich. Ich hoffe, dass sie nun endlich handelt. Zwei Jahre Untätigkeit sind wirklich genug!“, so Schmitt-Bussinger. ■

Gleiches Recht für Mittelfranken!

Helga Schmitt-Bussinger hält eine rasche Anpassung der Stimmkreise in Bayern nicht für notwendig und spricht sich gegen eine Benachteiligung Mittelfrankens gegenüber Oberbayern aus: „Nach der heutigen Anhörung können wir sagen, dass eine Stimmkreisreform in Bayern für die Landtagswahl 2013 nicht zwingend notwendig ist“, so Schmitt-Bussinger. Gemäß dem Entwurf der Staatsregierung soll in der Oberpfalz und in Oberfranken je ein Stimmkreis gestrichen und dafür in Oberbayern zwei Mandate mehr geschaffen werden. Außerdem, so die Abgeordnete ist fraglich, ob es wirklich sinnvoll ist, Gebiete in Bayern, die von Abwanderung betroffen sind, durch die Streichung von Stimmkreisen zusätzlich zu schwächen. „Die Logik der Staatsregierung ist falsch: Die strukturschwachen Regionen in Bayern brauchen mehr Aufmerksamkeit durch die Abgeordneten, statt weniger.“



Für Kopfschütteln sorgen auch die unterschiedlich geplanten Geschwindigkeiten bei der Umsetzung. Denn laut neuesten Berechnungen würde auch in Unterfranken ein Stimmkreis wegfallen müssen und Mittelfranken einen Abgeordneten dazubekommen. Hier sieht die Staatsregierung allerdings keinen so dringenden Handlungsbedarf wie in Oberbayern. „Nachtigall, ich hör Dir trapsen: CSU Hochburgen sollen schnell gestärkt werden, in SPD-nahen Bezirken wie Mittelfranken, hat die Staatsregierung natürlich noch viel Zeit.“ Schmitt-Bussinger spricht sich deshalb für eine gleichberechtigte Umsetzung aus: „Es muss gleiches Recht für alle gelten: Entweder wir warten mit der Reform noch, was aus unserer Sicht sinnvoll wäre, oder wir setzen die Reform gleich überall um. Diese parteipolitischen Spielchen sind lächerlich.“ ■

Aktion Rollentausch 2011: Zweimal Schwabach, einmal Nürnberg

Gleich dreimal hat Helga Schmitt-Bussinger in diesem Jahr an der Aktion Rollentausch teilgenommen. Bei der Diakonie Schwabach, der AWO Schwabach und dem Werk Süd der Werkstatt für Behinderte (WfB) in Nürnberg. Die Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH wurde 1980 ins Leben gerufen und bietet erwachsenen Menschen mit geistiger Behinderung außer Wohnung, Freizeitmöglichkeiten und Weiterbildung vor Allem Arbeitsplätze. Das Werk Süd ist mit 250 Arbeitsplätzen der größte und älteste Betriebsteil der WfB. Das Arbeitsspektrum dort umfasst Verpackung, Einzel- und Komplettmontage, Fertigung elektromechanischer Komponenten oder Außenarbeitsplätze im Bekleidungshandel. Schmitt-Bussinger war sehr angetan von den schwierigen Arbeiten, die die Behinderten dort mit Bravour meisterten. "Viele Arbeiten sind ganz schön knifflig, ich habe das oftmals nicht hinbekommen, da bewundere ich die Arbeiter dort sehr", so die Abgeordnete. Auch die gewissenhafte und überzeugende Arbeit des Behindertenrates hat sie schwer beeindruckt. Dass auch namhafte Firmen bspw. der Automobilbranche hier die Montagearbeiten ausführen lassen zeugt von der hohen Arbeitsqualität. Damit ist die WfB eben nicht ein Ort der Arbeitsbeschaffung sondern produktiver Teil der Wirtschaft und die hier eingesetzten Arbeitskräfte mit der nötigen Anleitung in das Erwerbsleben integriert.



Genau das fordert ja auch das „Übereinkommen der Vereinten Nationen über Rechte von Menschen mit Behinderungen“ von 2006. Die UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderung soll gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen in den vollen Genuss aller Menschenrechte kommen. Schmitt-Bussinger: „Leider sind uns in der Umsetzung Länder wie Rheinland-Pfalz meilenweit voraus. Die Staatsregierung schläft und macht den Freistaat auf diesem Sektor zum traurigen Schlusslicht in Deutschland.“ Zwar hat die Staatsregierung einen Entwurf eines Aktionsplans beschlossen, doch der ist, so Schmitt-Bussinger, bei weitem kein wirklicher Aktionsplan sondern lediglich eine Bestandsaufnahme. Konkrete Vorgaben, Maßnahmen und Ziele fehlen noch.“ Die SPD fordert daher einen Aktionsplan, der in enger Zusammenarbeit mit der bayerischen Behindertenbeauftragten, dem Landesbehindertenrat und den betroffenen Interessengruppen und Verbänden erstellt wird.



LandtagsInfo

Abgeordnete des Bayerischen Landtags

Helga Schmitt-Bussinger



Ein gutes „Betriebsklima“ herrscht im ehemaligen städtischen Pflegeheim in Schwabach, dem Hans-Herbst-Haus: Ulrich von Brockdorf, der Chef des Diakonischen Werkes Roth-Schwabach und Pflegedienstleiterin Monika Malm begrüßten die Abgeordnete, die sogleich in die Rolle der Pflegekräfte schlüpfte mithilfe. Von Brockdorf und Malm hatten aber auch eine ganze Reihe Anliegen. Dringend fordern sie eine Entlastung von ausufernder Dokumentationsleistung, damit mehr Personal für die direkte Pflege eingesetzt werden kann. Weiter stört sie, dass stationäre Pflege schlecht geredet wird. „Ambulant vor stationär“ sei ein populistisches Schlagwort, das oftmals an Realität vorbei geht.

Auch kämen die Seniorinnen und Senioren oft sehr spät, vielleicht zu spät in eine Pflegeeinrichtung. Schmitt-Bussinger: „Auch wenn es schwer fällt, sollte man sich frühzeitiger mit dem Thema befassen. Und mögliche Vorbehalte sind auch unbegründet. Im Hans-Herbst-Haus ist man gut aufgehoben. Das gute Klima zwischen Beschäftigten und Bewohnern merkt man einfach.“

Der zweite Besuch galt der Tagespflege der AWO Schwabach. Schmitt-Bussinger wurde herzlich durch den Leiter der Einrichtung, Herrn David Kletke begrüßt. Es war auch nicht der erste Besuch der Abgeordneten. Immer wieder besucht sie die Tagespflege und hat stets ein offenes Ohr für Anliegen der Einrichtung und der betroffenen Besucher. „Mitgeholfen habe ich hier aber noch nie. Es ist interessant und nötigt Respekt ab, was die Pflegekräfte hier leisten“, lobt die Abgeordnete. Die Tagespflege der AWO gibt die Möglichkeit, Seniorinnen und Senioren, die an Demenz erkrankt sind, tagsüber zu betreuen und den Tag in angenehmer „Wohnzimmeratmosphäre“ miteinander zu verbringen. Dazu gehört das gemeinsame Frühstück, Zeitungslektüre, Gespräche und weitere aktivierende Angebote. „Das wirklich umfassende Angebot für pflegebedürftige, demente Angehörige hat sich leider offenbar in Schwabach noch nicht so herumgesprochen: Die Tagespflege der AWO Schwabach hat immer wieder freie Plätze.“

Kontakt:

Abgeordnetenbüro Nürnberg
Roswitha Boeck
Christian Präbuis
Karl-Bröger-Straße 9
90459 Nürnberg
Tel.: 0911 / 4 38 96 50
Fax: 0911 / 4 38 96 59
buero@schmitt-bussinger.de
www.schmitt-bussinger.de
www.facebook.de/schmittbussinger

Impressum:

LandtagsInfo von Helga Schmitt-Bussinger, MdL (V.i.S.d.P)
Redaktion: Christian Präbuis

Das Forum Soziales Bayern rief in diesem Jahr zum fünften Mal Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Medien auf, sich an der Aktion „Rollentausch“ zu beteiligen. Aus der SPD-Landtagsfraktion tauschen in diesem Jahr 17 Abgeordnete für mehrere Stunden die Rolle und unterstützen Pflegekräfte, Krankenschwestern, Erzieherinnen und Angestellte bei ihrer Arbeit im sozialen Bereich. Für die Abgeordneten der SPD bedeutet die Aktion mehr, als nur in wohlthätigen Berufen „hineinzuschnuppern“. ■



Termine:

7.11.2011,12:30	Gesprächskreis Innenpolitik beim Parteivorstand
7.11.2011,12:30	Konferenz der innenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktionen (inaktiv)
7.11.2011,18:00	SPD Nürnberg Jubilarehrung
8.11.2011,19:30	SPD-OV-Sitzung Reichelsdorf
9.11.2011,13:00	Plenum
9.11.2011,10:00	Fraktionssitzung
10.11.2011,18:00	SPD-Vorstandssitzung
11.11.2011,19:00	SPD-"Kurt-Kestler"-Jugendehrenamtspreisverleihung
12.11.2011,10:00	SGK-Landesversammlung mit Neuwahlen
14.11.2011,09:30	Bürobesprechung Nürnberg
15.11.2011,19:00	Ortsvereinssitzung SPD Langwasser
16.11.2011,19:00	Jüdisches Leben in Deutschland nach 1945
16.11.2011,11:00	Feierliche Enthüllung einer Stele für verfolgte Nürnberger Sozialdemokraten
17.11.2011,19:00	Veranstaltung der 60plus Schwabach "Gegen Altersarmut" mit Referenten
17.11.2011,14:00	Mitgliederversammlung Senioren-Gemeinschaft noris.sen ver.di Mfr., Nürnberg
17.11.2011,09:00	Besuch der Grundschule Katzwang im Rahmen des Vorlesetages
21.11.2011,08:30	Bürobesprechung Nürnberg
22.11.2011,14:00	Arbeitskreis Innen: Gespräch mit Gleichstellungsbeauftragten der bayer. Polizei
22.11.2011,11:30	Landtagsfraktion Besuch bei Audi
23.11.2011,09:15	Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
23.11.2011,18:00	Abend der bayerischen Sparkassen
23.11.2011,14:00	Fraktionssitzung SPD Landtagsfraktion
23.11.2011,13:00	Diskussion mit Besuchergruppe
24.11.2011,09:00	Plenum Landtag
24.11.2011,08:00	AG Mittelfranken der SPD Landtagsabgeordneten
26.11.2011,19:00	Rote Kulturnacht
26.11.2011,14:30	Weihnachtsfeier der SPD Schwabach
26.11.2011,11:00	Franken-Tag der BayernSPD mit Christian Ude
28.11.2011,09:30	Bürobesprechung Nürnberg
29.11.2011,13:00	Fraktionssitzung SPD Landtagsfraktion
29.11.2011,10:00	Arbeitskreis Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
29.11.2011,14:00	Plenum Landtag
30.11.2011,14:00	Fraktionssitzung SPD Landtagsfraktion
30.11.2011,09:15	Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
1.12.2011,18:00	Bildungsdialog für Westmittelfranken m. Christa Naaß
1.12.2011,11:00	gem. Festakt 65 Jahre Bayer. Verfassung und 50 Jahre Bayer. Verfassungsmedaille
2.12.2011,10:00	Gesprächskreis Stadtkirche Schwabach
6.12.2011,14:00	Gespräch des AK Innen m. Landesfeuerwehrverband
7.12.2011,18:00	Ehrenamtspreisverleihung SPD Nürnberg
7.12.2011,14:00	Fraktionssitzung SPD Landtagsfraktion
7.12.2011,09:15	Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
7.12.2011,19:00	Soiree SPD-Gartenstadt mit Prof. Anderle
9.12.2011,19:45	Sternstundengala
12.12.2011,19:00	Weihnachtsfeier SPD-OV-Kornburg
12.12.2011,09:30	Bürobesprechung Nürnberg
13.12.2011,14:00	Plenum Landtag
13.12.2011,13:00	Fraktionssitzung SPD Landtagsfraktion
14.12.2011,09:00	Plenum Landtag
15.12.2011,09:00	Plenum Landtag
18.12.2011,14:00	Weihnachtsfeier der AWO Schwabach
19.12.2011,08:30	Bürobesprechung Nürnberg